

Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 04./X. Ratsperiode Sitzung des Ausschusses für Bürgeranträge der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 08.12.2016, 16.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

	<u>Seite</u>
1. Schreibweise "Nassauer Allee" analog "Nassauer Mauer" in Kleve hier: Sachstandsbericht - Drucksache Nr. 569 /X. -	3 - 4
2. Bürgerantrag zum Abriss der städtischen Gebäude Lohstätte 17 und 19 und Erhalt des Baumbestandes am Parkplatz der Stadthalle - Drucksache Nr. 570 /X. -	4 - 5
3. Neugestaltung der Spycckstraße - Drucksache Nr. 571 /X. -	5 - 7
4. Mitteilungen . / .	7
5. Anfragen . / .	7

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche 04./X. Ratsperiode Sitzung des Ausschusses für Bürgeranträge der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 08.12.2016, 16.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

Unter dem Vorsitz des
Stadtverordneten Goertz, Heinz (Offene Klever)
sind anwesend die Stadtverordneten:

Boskamp, Heinz	SPD
Gerritzen, Christa	SPD
Heyrichs, Michael	CDU für Maaßen, Manfred
Hiob, Georg	CDU
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN für Schoofs, Christian
Merges, Carina	Offene Klever
Ricken, Edmund	CDU für Driever, Gerd
Teigelkötter, Friedrich	CDU

Beratenden Mitglieder:

Peerenboom, Johannes

Nicht anwesend:

Driever, Gerd	CDU
Maaßen, Manfred	CDU
Schoofs, Christian	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeisterin Northing
Erster Beigeordneter Haas
Technischer Beigeordneter Rauer
Städtischer Baudirektor Janßen
Tariflich Beschäftigter Klockhaus
Tariflich Beschäftigter Posdena
Leiter GSK Mutz
Oberinspektor Horster
Amtfrau Berns als Schriftführerin

Von den USK ist anwesend:

Verwaltungsrat Vervoorst

Zuhörer:

Schmidt, Joachim

Ausschussvorsitzender Goertz begrüßt die Anwesenden. Er erläutert zunächst die Aufgaben des Ausschusses für Bürgeranträge.

Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift über die letzte Sitzung ergeben sich nicht.

1. **Schreibweise "Nassauer Allee" analog "Nassauer Mauer" in Kleve**

hier: Sachstandsbericht
- Drucksache Nr. 569 /X. -

Frau Semrau-Lensing begründet den Antrag des Klevischen Vereins für Kultur und Geschichte. Sie wirft die Frage auf, wie es überhaupt dazu gekommen sei, den Straßennamen zusammen zu schreiben. Eine Begründung habe sie bislang nicht erhalten, so dass sie diese Frage nun erneut stelle. Sie führt weiter aus, welche Anstrengungen zur Recherche hinsichtlich der korrekten Schreibweise des Straßennamens unternommen worden seien. Abschließend meint sie auch, dass die aktuelle Schreibweise aufgrund der Begrifflichkeit „Nassauer“ negativ behaftet sei.

Technischer Beigeordneter Rauer erläutert daraufhin die Drucksache.

Der zweite Sprecher der Antragsteller, Herr Velten, ergänzt die Ausführungen von Frau Semrau-Lensing dahingehend, dass das große Erbe von Johann Moritz von Nassau eine Würdigung erfahren solle. Diese werde deutlicher, wenn der Straßename auseinander geschrieben werde, da der Begriff für sich prägend sei.

StV. Dr. Meyer-Wilmes äußert, dass sie die Argumente beiderseits für überzeugend halte. Sie fragt, ob die Kosten nicht ggf. übergangsweise gestaltet oder ob nicht Erfahrungswerte für die Kostenschätzung herangezogen werden könnten.

Technischer Beigeordneter Rauer macht deutlich, dass die Kosten nicht zu schätzen seien. Sämtliche Änderungen, egal ob privater oder öffentlicher Natur, seien von der Stadt zu tragen.

Erster Beigeordneter Haas macht ergänzend auf die vorhandenen Unwägbarkeiten aufmerksam, da zu berücksichtigen sei, dass das Kreishaus sowie diverse Rechtsanwälte betroffen seien, um nur einige zu nennen. Er wirbt dafür, der Empfehlung der Verwaltung nach Abwägung aller Gesichtspunkte, zu folgen.

Auf die Frage von Frau Semrau-Lensing nach den Gründen für die aktuelle Schreibweise teilt tariflich Beschäftigter Posdena mit, dass er diese Frage nicht eindeutig beantworten könne und führt weiter aus, in welchen Zeiträumen der Straßename auseinander und zusammen geschrieben worden sei.

Ausschussvorsitzender Goertz meint, dass der finanzielle Aspekt in den heutigen Zeiten schwer wiege.

StV. Teigelkötter äußert, dass die Argumentation von Frau Prof. Dr. Hantsche, dass Straßennamen, die Namen beinhalteten, immer zusammen geschrieben würden, überzeugend sei. Es sei daher ebenso opportun, die jetzige Schreibweise beizubehalten. Er beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Kultur und Stadtgestaltung.

Tariflich Beschäftigter Posdena schlägt als Kompromiss vor, durch ein Zusatzschild auf Prinz Johann Moritz von Nassau aufmerksam zu machen.

Bürgermeisterin Northing teilt ihr Verständnis für das historische Interesse mit. Dennoch seien auch die Interessen der Einzelnen zu berücksichtigen, die in diesem Fall schwerer wiegen, so dass sie sich ebenfalls für die Beibehaltung der jetzigen Schreibweise ausspreche.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgeranträge beschließt einstimmig bei einer Enthaltung, die bisherige Schreibweise "Nassauerallee" beizubehalten.

2. **Bürgerantrag zum Abriss der städtischen Gebäude Lohstätte 17 und 19 und Erhalt des Baumbestandes am Parkplatz der Stadthalle**

- Drucksache Nr. 570 /X. -

StV. Goertz nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil. StV. Teigelkötter übernimmt den Vorsitz.

Frau Rohra erläutert stellvertretend für die noch verbleibenden Mieter in den Häusern Lohstätte 17 und 19 die Hintergründe des Antrags. Da kein adäquater alternativer Wohnraum gefunden werden könne, sollten die Häuser erhalten bleiben.

Städtischer Baudirektor Janßen erläutert die Planungen zur Umgestaltung des Stadthallenumfeldes anhand von Plänen.

Technischer Beigeordneter Rauer erläutert, dass die Grundstücke seinerzeit angekauft worden seien, um die Umgestaltung dieser Fläche zur Freistellung der Stadthalle realisieren zu können. Sofern der Erhalt der Häuser beschlossen werde, stelle dies die gesamte Planung für das Stadthallenumfeld in Frage.

Erster Beigeordneter Haas ergänzt, dass für drei Mieter noch eine neue Wohnung gefunden werden müsse. Im Rahmen der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen habe die Verwaltung auf das Angebot dieses Wohnraumes trotz Kenntnis über den geplanten Abriss der Häuser noch zurückgegriffen.

Die Häuser seien seinerzeit vor dem Hintergrund der städtebaulichen Entwicklung dieser Fläche mit dem mittelfristigen Ziel des Abrisses dieser Häuser angekauft worden. Für die geplanten Maßnahmen erhalte die Stadt zudem erhebliche Zuschüsse aus dem Integrierten Handlungskonzept.

Bürgermeisterin Northing macht deutlich, dass die Verwaltung sämtliche Anstrengungen unternehme, um eine angemessene Lösung gemeinsam mit den Betroffenen zu finden. Sie bittet darum, dem Abriss der Häuser zuzustimmen, da es im Gesamtzusammenhang der Planungen unumgänglich sei, diese Kurve zu entschärfen. Darüber hinaus dürften die Fördergelder nicht ungenutzt bleiben.

Frau Rohra hält dem entgegen, dass die Betroffenen keine Wohnung bekämen, da potentielle Vermieter ihre Wohnungen nicht an Flüchtlinge vermieten würden.

StV. Dr. Meyer-Wilmes weist darauf hin, dass die Stadt die Wohnungen für die Flüchtlinge anmiete. Sie gehe davon aus, dass den verbleibenden Mietern adäquate Wohnungen vermittelt werden könnten. Da das Allgemeinwohl in dieser Angelegenheit vorgehe, sei dem Abriss der Häuser zuzustimmen.

Erster Beigeordneter Haas stellt klar, dass die Stadt Wohnungen für die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge anmiete. Für die übrigen Mieter werde die Verwaltung intensiv bei der Wohnungssuche behilflich sein.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgeranträge lehnt den Bürgerantrag einstimmig ab.

3. **Neugestaltung der Spyckstraße**

- Drucksache Nr. 571 /X. -

Bürgermeisterin Northing teilt mit, dass sie sich als Anwohnerin der Spyckstraße in dieser Angelegenheit neutral verhalten werde.

Die Antragstellerin, Frau Paatz-Rürup, erläutert, dass der Antrag in drei wesentlichen Aspekten begründet sei. Zum einen werde der Spyckstraße durch die Baumaßnahme der historische Charakter genommen. Des Weiteren werde der Alleincharakter in Frage gestellt. Die Untere Landschaftsbehörde habe auf Nachfrage mitgeteilt, dass für die Fällung der Bäume in der Spyckstraße eine Genehmigung erforderlich sei. Als dritten Aspekt führt sie unter Bezugnahme auf die Stellplatzsatzung an, dass dem Bedarf an Stellplätzen nicht nachgekommen werde. Sie fordere den Fachbereich Tiefbau daher auf, die Baumaßnahme auf die Kanalsanierung zu beschränken.

Technischer Beigeordneter Rauer stellt klar, dass es sich um eine durch den Fachbereich Tiefbau erarbeitete, aber verwaltungsseitig abgestimmte, Planung handele.

Er erläutert weiter die Anwendbarkeit der Stellplatzsatzung, die ausschließlich dem Nachweis von Stellplätzen auf privatem Grund diene. Des Weiteren führt er aus, dass eine Reduzierung auf 68 Stellplätze bei einer ermittelten durchschnittlichen Auslastung von 56 Stellplätzen noch ausreichend sei.

Eine geschützte Allee sehe er in der Spyckstraße nicht, so dass eine Genehmigung der Unteren Landschaftsbehörde zum Fällen der Bäume entbehrlich sei. Darüber hinaus seien die Bäume seinerzeit nicht artgerecht gepflanzt worden und daher nicht überlebensfähig.

In der Bürgerversammlung am 05.10.2016 seien die Anlieger umfassend über die Straßenbaumaßnahme informiert und Anregungen in die Planungen mit aufgenommen worden.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus macht deutlich, dass die Stadt Kleve als Planungsbehörde für die Infrastruktur und ihre Instandhaltung Sorge zu tragen habe. Von der notwendigen Kanalsanierung sei die gesamte Straße betroffen und dadurch seien die Bäume gefährdet. Die Planungen unterlägen nicht der Willkür der Planungsbehörde, sondern hätten sich an den geltenden DIN-Normen zu orientieren. Demnach seien Bäume mit Baumscheibe zu pflanzen, eine Voraussetzung, die in der Spyckstraße nicht erfüllt sei. Die Bäume seien daher mittelfristig abgängig, wie ein Gutachten der Fachleute der Verwaltung und der USK bestätige.

Insgesamt werde dem Anspruch der Straße mit dem Neubau Rechnung getragen.

Hinsichtlich der Stellplatzplanung hält der zweite Sprecher der Antragsteller, Herr Moers, den Ausführungen des Technischen Beigeordneten Herrn Rauer entgegen, dass die durchgeführte Zählung nicht repräsentativ sei, da die Stellplätze erst ab 21 Uhr zwischen der Gaststätte `Zum Kronprinzen` und der Herderstraße vollständig belegt seien. Auf den eigenen Grundstücken gebe es nicht ausreichend Platz, um die Stellplätze nachzuweisen.

Städtischer Baudirektor Janßen macht deutlich, dass die Zählungen auf die späten Abendstunden sowie die Wochenenden erweitert worden seien. Dabei sei eine durchschnittliche Auslastung von 62 % ermittelt worden. In den Abendstunden und an den Wochenenden stünden zudem die 35 Parkplätze an der Unterstadtschule zur Verfügung.

StV. Dr. Meyer-Wilmes vergewissert sich, dass die in der Bürgerversammlung vorgetragene Anregung in die Planungen mit aufgenommen worden seien.

Frau Paatz-Rürup äußert, dass die an dem Konzept von den Anliegern geäußerten Zweifel von der Verwaltung nicht verstanden worden seien. Sie sähen in der Baumaßnahme eine Verschandelung der historischen Substanz dieser Straße.

Tariflich Beschäftigter Klockhaus führt aus, dass grds. die Frage zu stellen sei, ob mehr Bäume oder mehr Parkplätze gewünscht seien. Das eine schließe das andere aus. Im Übrigen seien die Planungen auch auf ihre Verträglichkeit hin zu überprüfen, da auch die schwächeren Verkehrsteilnehmer in der Planung ausreichend Berücksichtigung finden müssten.

StV. Ricken bittet um Erläuterung des zweiten Satzes des Beschlussvorschlages.

Städtischer Baudirektor Janßen erklärt, dass die Grundplanung nicht geändert, aber z.B. die Farbe des Pflasters während der Ausführungsphase noch angepasst werden könne.

StV. Goertz fragt, ob die gesund erscheinenden Bäume durch entsprechende Maßnahmen geschützt bzw. aus- und nach Fertigstellung der Baumaßnahme wieder eingepflanzt werden könnten.

Städtischer Baudirektor Janßen erklärt, dass die Bäume zu alt seien und eine Beschädigung aufgrund des Ausmaßes der Baumaßnahme nicht auszuschließen sei.

StV. Dr. Meyer-Wilmes fasst die gegenseitig vorgetragene Argumente zusammen.

Frau Paatz-Rürup beantragt, dass die Verwaltung Kontakt mit Herrn Bäumen von der Unteren Landschaftsbehörde aufnehmen solle. Herr Bäumen habe erklärt, dass der Schutz der Bäume bei Durchführung der Baumaßnahme möglich sei.

Technischer Beigeordneter Rauer sagt zu, dass Gespräch mit Herrn Bäumen zu suchen. Er räumt das Missverständnis hinsichtlich der Zahl der Wohneinheiten ein, die aber tatsächlich für die Betrachtung der Stellplätze unerheblich seien. In den Planungen seien 10 bis 20 % an Stellplätzen für den Besucherverkehr berücksichtigt worden. Die Bäume seien aufgrund der barrierefrei zu errichtenden Gehwege in den Straßenraum zu pflanzen, wodurch die Parkbuchten geprägt würden.

StV. Ricken fragt nach den Folgen im Falle einer Zustimmung, Ablehnung oder Vertagung der Entscheidung.

Technischer Beigeordneter Rauer macht deutlich, dass die Kanäle marode und einer Sanierung zu unterziehen seien. Andernfalls mache sich die Stadt strafbar. Des Weiteren erläutert er die möglichen Folgen bei Ablehnung der Entscheidung.

Städtischer Baudirektor Janßen erläutert darauf hin noch einmal die Ausmaße der Baumaßnahme und ihre Auswirkungen auf den Baumbestand anhand von Bildern.

StV. Dr. Meyer-Wilmes beantragt die Verweisung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Der Ausschuss für Bürgeranträge beschließt einstimmig, diese Angelegenheit zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss am 14.12.2016 zu verweisen.

4. **Mitteilungen**

./.

5. **Anfragen**

./.

Ende der Sitzung: 17.28 Uhr

(Goertz)
Vorsitzender

(Berns)
Schriftführerin